

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptpostamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellbar bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, O. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsdruckerei Bischofswerda Konto Nr. 64

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats (15 Hefen) halbjährlich 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats (15 Hefen) halbjährlich 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats (15 Hefen) halbjährlich 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Nr. 77

Sonntag, den 2. April 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

Der Vorsitzende des Reichsministeriums, Simaitis, kündigte in einer Unterredung mit Pressevertretern weitere Entlassungen deutscher Lehrer und Hochschullehrer an. Die Landtagswahlen will man nicht nach dem bisherigen, sondern nach dem litauischen Wahlsystem durchführen.

In der Schlußsitzung der französischen Kammer nahm Ministerpräsident Lardieu in einer Auseinandersetzung mit einem sozialistischen Abgeordneten zu der Diktatur der Notverordnungen in Deutschland in abfälliger Weise Stellung.

In der handelspolitischen Kommission des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer erweiterten Befähigung volkswirtschaftlicher Geschäftswerte verlangt.

Der Bericht des Völkerbundsausschusses über die Lage der Donauländer sagt, daß die vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen ungenügend seien, wenn nicht auf dem Gebiete des internationalen Schuldenproblems wirksame Schritte unternommen würden.

Bei einem Raubüberfall auf die Depostenkasse des Bankvereins für Schleswig-Holstein in Offensen entnahmen die Täter 10000 Mark.

Aus der Mandchurie wird der Ausbruch neuer schwerer Kämpfe gemeldet. Heute Sonntag früh begannen die Japaner mit einem Angriff gegen die bei Tsingtau stehenden chinesischen Streitkräfte.

* Ausführliches an anderer Stelle.

Wie steht es um die Außenpolitik?

Der künstliche Osterfriede ist zu Ende, drei Wochen Wahlkampf und zwei Wahlfesttage stehen uns bevor. Reichspräsidentenwahl am 10., Volksentscheid in Sachsen am 17. und Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg am 24. April. Diese Anhäufung von Wahlen, welche in ruhigen Zeiten spielend überwunden würde, wird unser verarmtes, in seiner Lebenssicherheit zu tiefst getroffenes Volk wieder bis in die Grundfesten durchrütteln. Das Wahlsieber hat bereits die weitesten Kreise ergriffen, und es scheint leider auch in die stilleren Bezirke eingedrungen zu sein, wo des Deutschen Reiches Außenpolitik gemacht wird. Denn anders ließe es sich nicht erklären, daß man von ihr in einer Zeit nichts hört und sieht, da Frankreich eifrig dabei ist, neue Situationen in Europa zu schaffen. Warum kommt die Remeller Streitfrage nicht vom Fied? Was ist aus dem deutschen Protest gegen die Landtagsauflösung durch die Litauer geworden? Was aus dem Repressalien, die der Kanzler im Reichstag angekündigt hatte? Keine Regierungsverhältnisse im Reich hat es für nötig befunden, die Herausforderung, die in dem neuerlichen litauischen Rechtsbruch lag, vor der Weltöffentlichkeit zurückzuweisen. Die deutsche Regierung hat genügend Mittel an der Hand, einen durchaus freundschaftlichen, aber sehr bestimmten Druck auf die veranwortlichen Signatarmächte auszuüben. Nicht einmal im Reich selber ist das Gefühl vorhanden, daß sich die Reichsstellen dieser Sache, von der so viel für das Ansehen Deutschlands im Osten abhängt, auch wirklich mit allen Kräften angenommen hätten. Nicht viel anders ist die deutsche Haltung in der Auseinandersetzung um den französischen Donauplan zu kennzeichnen. Lardieu wird sicherlich nicht warten, bis der deutsche Parteienrat erledigt ist. Man verläßt sich im Berliner Auswärtigen Amt zu sehr auf die Schwierigkeiten, denen der übereifrige Lardieu bei seinen Bemühungen um das Donauplan schon begegnet ist und in Zukunft noch begegnen wird. Aber Frankreichs Ministerpräsident ist zäh, er läßt sich nicht beirren, auch wenn die Engländer entsetzt sind über seine Hartnäckigkeit. Wenn aber die Sache Herrn Lardieu so wichtig ist, dann sollte sie, da Deutschlands Interesse an der Donau weit größer sind als die Frankreichs, dem deutschen Reichskanzler ebenso wichtig sein. Es geht nicht, daß man die Sache so behandelt, daß einfach Staatssekretär v. Bülow zur Viermächtekonferenz fährt, wenn der Kanzler nicht abkömmlich ist. Herr von Bülow ist schon seiner Stellung nach kein Kontrahent für den robusten und gerissenen Lardieu. Warum sollen die andern

nicht warten, bis Brüning selber fahren kann? Man muß sich endlich vom Wahlsieber freimachen, denn in drei Wochen kann viel geschehen.

Das Memelland unter der Terrorherrschaft

D. I. Berlin, 2. April. (Eigener Dienst.) Die litauische Regierung trifft alle Vorbereitungen, um die deutschen Parteien während des Wahlkampfes im Memelland in ihrer Bewegungsfreiheit so weit wie möglich zu schädigen. Dazu muß auch der „Spionagefall“ Bekers herhalten. Bis jetzt weiß noch kein Mensch, was Bekers eigentlich vorgeworfen wird. Voraussetzungen sind, daß man das auch vorläufig nicht erfahren. Aber für die Komwoer Wahlmache genügt die Tatsache, daß ein Reichsdeutscher wegen angeblicher Spionage festgesetzt worden ist, zunächst vollst. Außerdem haben zwei Führer der memelländischen Reichsparteien das Verbrechen begangen, Bekers über die Lage im Memelgebiet zu unterrichten. Sie haben ihm u. a. mitgeteilt, daß die Litauer außer dem Militär in Gestalt der Schützenvereine eine zweite bewaffnete Organisation im Memelgebiet besitzen, und sie haben Bekers die Beweise dafür in die Hand gegeben. Wahrscheinlich wird man nunmehr versuchen, diesen deutschen Abgeordneten daraus einen Strick zu drehen, weil sie Bekers angeblich „militärische Geheimbefehle“ zugänglich gemacht haben.

Was die Entlassung der 20 reichsdeutschen Lehrer betrifft, so hat die litauische Regierung auch in diesem Fall wieder mit den bekannnten Fälschermethoden gearbeitet. Es ist einfach nicht wahr, daß diese deutschen Lehrer politische Agitation in Litauen betrieben haben. Sie sind zum Teil schon seit Jahrzehnten im Memelgebiet tätig, auch dort geboren. Aber es war ihnen aus formalen Gründen unmöglich, die litauische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das Direktorium des Memellandes war also im vollen Rechte, als es diese Lehrer anstelle, zumal der Artikel 31 des Memelstatutes besagt, daß das Direktorium die Pflicht habe, „den Stand des Unterrichts im Gebiet auf der bisherigen Höhe zu erhalten.“

Auch die Behauptung des Gouverneurs Mertys, daß genügend einheimische Lehrkräfte (sprich litauische) zur Verfügung stünden, ist nicht beweiskräftig. Die Entlassung der 20 deutschen Lehrer ist nur dadurch technisch möglich geworden, daß die großlitauischen Kreisräte die Zahl der Lehrer künstlich herabgedrückt haben, weil sie die Schulen und Schulklassen in unerhöhr scharfer Weise zusammengelegt haben. Heute ist es im Memelland so weit, daß zweiklassige Schulen mit mehr als 70 Schülern in einklassige verwandelt werden. Diese „Sparpolitik“ ist geradezu eine Kulturschande!

Simaitis kündigt weitere Lehrerentlassungen an. Memelwahlen nach dem litauischen Wahlsystem.

Kowno, 1. April. (Eigener Dienst.) Keines Komwoer Besuchs äußerte sich Direktor Simaitis Pressevertretern gegenüber, daß es bei der Entlassung der 21 Lehrer im Memelgebiet nicht bleiben wird. Er werde außerdem keinen Beamten einstellen, der nicht auch die litauische Sprache beherrscht.

Weber die Wahlen äußerte sich Simaitis sehr optimistisch. Seiner Ansicht nach wäre die memelländische Bevölkerung mit der Politik der bisherigen Reichsparteien nicht einverstanden. Das werde sich bei den Wahlen zeigen. Die Landtagswahlen würden nach dem allen parlamentarischen Sejmwahlsystem Litauens erfolgen. Es wäre aber vorgezogen, den § 76 über die Mandatsverteilung neu zu interpretieren. Außerdem werde man das Diskontinuitätsgesetz abschaffen, so daß der einzelne Kandidat gewählt werden dürfte.

Hierzu ist zu bemerken: Nach Art. 29 des Memelstatutes werden die wahlberechtigten Rechte aller Beamten und Angestellten, die am 1. Januar 1923 im Memelgebiet angestellt waren, von den Behörden des Memelgebietes anerkannt. An keiner Stelle des Memelstatutes wird die Kenntnis der litauischen Sprache als Vorbedingung für die Einstellung von Beamten festgesetzt.

Bisher hat sich kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß die memelländische Bevölkerung mit der bisherigen Politik der Reichsparteien nicht einverstanden ist. Aus den Ausführungen des Herrn Simaitis scheint aber hervorzugehen, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, die eine normale Durchführung der Abstimmung beeinträchtigen werden.

Hinsichtlich der Bezugnahme auf Artikel 76 des litauischen Sejmwahlsystems ist zu bemerken, daß zwar Art. 11

des Memelstatutes seine Anwendung zuläßt, daß aber andererseits Art. 10 des Statutes ausdrücklich vorsieht, daß die Abstimmung in „allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl“ stattzufinden hat. Bereits anfänglich der Landtagswahlen im Herbst 1930 sind Versuche der litauischen Organe, den Wählerkreis zugunsten der litauischen Bevölkerungselemente zu verschieben, durch Eingreifen des Völkerbundsrates verhindert worden.

Reichskanzler Brüning im Wahlkampf

Berlin, 31. März. Reichskanzler Dr. Brüning, der den Wahlzug am 4. April direkt von Badenweiler aus in Karlsruhe beginnt, wird erst am 10. April nach Berlin zurückkehren. Die Unterredung zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten Loh über den Termin für die Einberufung des Reichstages wird unmittelbar nach der Rückkehr Dr. Brünings entweder noch am 10. oder am 11. April vormittags stattfinden, da der Reichsrat erst am Nachmittag des 11. April zusammentritt. — Da der Etat für das Rechnungsjahr 1932 vom Reichskabinett erst frühestens Ende April zur Beratschlagung gelangen dürfte, wird er, wie man glaubt, im günstigsten Falle kaum vor der zweiten Maiwoche, unter Umständen erst nach Pfingsten vom Reichstag beraten werden können.

Sardien tritt ein. Das deutsche Notverordnungs-system.

Paris, 2. April. Die letzte Sitzung der französischen Kammer sang mit einem Akkord aus, dessen Echo sich in einigen Morgenblättern findet. Der französische Ministerpräsident hatte sich nach Verabschiedung des Haushalts auf eine polemische Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Abgeordneten Bedouce eingelassen, der die Gewährung von Anleihen an auswärtige Regierungen kritisierte. Lardieu hat bei der Abwehr dieser Kritik das „Diktatur-Regime in Deutschland, wie es in den Notverordnungen zum Ausdruck kommt“, in einer Weise in die Debatte gezogen, die der sozialistischen Presse Anlaß zu Protesten gibt.

Der Quodlibet schreibt: „Ministerpräsident Lardieu hat einen Augenblick vergessen, daß er Außenminister ist. Abg. Bedouce machte ihm mit Recht zum Vorwurf, unüberlegt verschiedene ausländischen Staaten Anleihen gewährt zu haben. Lardieu erwiderte: „Müssen denn diese Länder, um die sozialistische Zustimmung zu erhalten, einen Marschall zum Präsidenten haben? Ist es nötig, daß eine Diktatur, damit wir mit ihr ein Abkommen abschließen können, die Stimmen der sozialistischen Partei erhält und sich Diktatur der Notverordnungen nennt?“ „Allem Anschein nach,“ so fährt Quodlibet fort, „hat der französische Regierungschef kurz vor den deutschen Wahlen dem Wettbewerber des Präsidenten Hindenburg, Hitler, ein wertvolles Argument geliefert, und das gerade in dem Augenblick, in dem der französische Ministerpräsident auf einer berietlichen anberaumten Konferenz mit der Reichsregierung verhandeln soll. Das ist ein seitlanges politisches Verfahren. Vielleicht wäre es für einen unverantwortlichen Parteigänger möglich, aber was soll man davon halten, wenn derartige Methoden von einem am Ruder befindlichen Regierungschef einer großen Nation angewendet werden?“

Man darf gespannt sein, welches Echo die Kritik Lardieus am deutschen Notverordnungs-system im „Bormärts“ und in der übrigen hinter Brüning stehenden Presse findet.

Die Beschränkung des Auslandsreiseverkehrs.

Berlin, 31. März. Am Donnerstag ist in Berlin der österreichische Vizekanzler Winkler eingetroffen. Der Aufenthalt des österreichischen Vizekanzlers wird auch Anlaß zu Erörterungen mit den zuständigen Reichsstellen über die zur Zeit zwischen Deutschland und Oesterreich schwebenden Wirtschaftsverträge geben. In der der Regierung nahestehenden Presse glaubt man annehmen zu können, daß in diesem Zusammenhang besonders die Frage der Beschränkung des Auslandsreiseverkehrs eine große Rolle spielen werde. Trotz aller Bedenken, die gegen eine solche Beschränkung bestehen, müsse es als sicher gelten, daß der Reiseverkehr ins Ausland wegen des durch ihn verursachten Devisenabflusses eingeschränkt werden solle. An den Berliner amtlichen Stellen ist darüber allerdings noch nichts in Erfahrung zu bringen, doch wird man wohl annehmen können, daß die der Regierung nahestehenden Blätter diese Mitteilungen nicht ohne Anhaltspunkte machen. Es wird berichtet, daß im Augenblick zwischen den beteiligten Ministerien Verhandlungen über die Zweckmäßigkeit einzelner